

Citybahn

Sie haben die Wahl!



Denis Seldenreich
Stellvertretender
Fraktionsvorsitzender

Citybahn - der steinige Weg zum Bürgerentscheid

Es ist geschafft. Am Sonntag, dem 1. November 2020, dürfen die Wiesbadener Bürger darüber entscheiden, ob ihre Stadt (wieder) eine Straßenbahn bekommen soll. Einmal abgesehen von der inhaltlichen Frage, die es zu klären gilt, ist der Bürgerentscheid auch eine Übung in direkter Demokratie. Beteiligt an dieser Übung: die Stadtverordnetenversammlung und die Bürgerschaft. Das Volk und seine Vertreter. Bei den Seiten kommen wichtige Aufgaben in diesem Verfahren zu. Beide tragen viel Verantwortung.

Die letzten Monate haben gezeigt, dass zumindest eine der beiden Beteiligten mit direkter Demokratie offensichtlich überfordert ist. Das Gerangel um Fragestellung und Zeitpunkt der Abstimmung innerhalb der Rathauskooperation aus Grünen, SPD und CDU hat offenbart, dass die etablierten Parteien den Bürgern gegenüber ein tiefes Misstrauen hegen. Die beschlossene Fragestellung zeugt davon, dass man den Bürgern nicht zutraut, sich vor der Abstimmung umfassend über das Projekt zu informieren und dann eine rationale Entscheidung zu fällen. Nein, nun muss der Bürger auch noch in der Wahlkabine in die gewünschte Richtung gelenkt werden!

Einer der Gründe für das Misstrauen vieler Volksvertreter dürfte ihr technokratisches Verständnis von Politik sein. Demnach geht es in der Politik nicht mehr darum zu ermitteln, wie wir - als Kommune, als Bundesland und als Nationalstaat - unser Zusammenleben organisieren wollen. Vielmehr wird Politik insbesondere von CDU und Grünen als eine Bewältigung von Sachzwängen dargestellt, bei der sich die Frage des Wollens gar nicht mehr stellt. Entsprechend absurd mutet es an, dass die Wiesbadener nun über ein Projekt abstimmen sollen, zu dem es offiziell überhaupt keine Alternative geben soll. Auf dem Wahlzettel müsste eigentlich neben beiden Kästchen ein JA stehen.

Eine solche Geringschätzung der Bürger durch ihre politischen Vertreter schreit geradezu nach einem Denkzettel. Die vielen Leserbriefe der letzten Wochen belegen, dass viele Wiesbadener empört sind über die Scharaden der Rathauskooperation. Wie viele Bürger werden wohl rein aus Protest am 01. November gegen eine CityBahn stimmen?

Wir möchten Sie an dieser Stelle dazu aufrufen, es besser zu machen als die Stadtregierung. Sie, die Bürger unserer schönen Landeshauptstadt, tragen mit der Entscheidung über die CityBahn die Verantwortung für eines der größten Bauprojekte dieser Stadt seit Jahrzehnten. Nutzen Sie die kommenden Monate, um sich so umfassend über das Projekt zu informieren, wie es ihnen möglich ist. Betrachten Sie auch die Argumente der jeweiligen Gegenseite. Widerstehen Sie der Versuchung, bloß aus Protest abzustimmen. Machen Sie den Bürgerentscheid zu einem Erfolg, indem Sie in großer Zahl zur Abstimmung gehen. Machen Sie die Abstimmung zu einem Erfolg der gelebten Basisdemokratie!

Adobe Stock 188920612

Michael Obergfell
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender



Blackout - ist Wiesbaden vorbereitet?

Je weiter die nicht durchdachte Energiewende umgesetzt wird, umso größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass es zu einem großflächigen, länderübergreifenden, länger andauernden Stromausfall kommt.

Der Anteil an volatilem Strom steigt mit jedem Windrad und jedem Solarfeld, der Anteil an verlässlichem, grundlastfähigem Strom sinkt mit jedem abgeschalteten konventionellen Kraftwerk. Es wird immer schwieriger, die Stromfrequenz im Netz bei den erforderlichen ca. 50 Hertz zu halten. Mussten die Netzbetreiber vor 20 Jahren in Deutschland pro Jahr dafür keine 5 Mal eingreifen, so müssen sie dies jetzt bereits 8 bis 10 Mal am Tag. Ein größerer Blackout ist laut Experten nur eine Frage der Zeit. Allein in 2019 entging Deutschland dieser Katastrophe mehrfach nur knapp. Auch Cyberattacken und Terroranschläge können einen Blackout verursachen.

Verschiedene Studien im In- und Ausland haben immer wieder gezeigt, dass jede Form der Interaktion, die über lokale, kleinteilige Strukturen hinausreicht, nach wenigen Stunden bis Tagen praktisch zusammengebrochen ist. Eine breite Information der Bevölkerung ist bereits kurz nach Einsetzen des Stromausfalls kaum noch möglich. Frischwasserversorgung und Abwasserentsorgung funktionieren nicht mehr. Was der Einzelne an Lebensmitteln, Medikamenten, Wasser und sonstigen Dingen des täglichen Bedarfs nicht zu Hause hat, kann auch nicht mehr beschafft werden. Der Bewegungsradius von Bevölkerung, Helfern und Behörden reduziert sich schnell auf das durch eigene Muskelkraft erreichbare Umfeld.

Auch wenn Katastrophenschutz grundsätzlich Ländersache ist, ergibt sich aus der spezifischen, hoch komplexen Problemlage bei einem Blackout, dass effektive Vorbereitungen und Hilfsmaßnahmen nur lokal, also direkt in den Kommunen greifen.

Die AfD-Fraktion hat deshalb einen Antrag in der Stadtverordnetenversammlung gestellt, der Magistrat möge berichten, ob und wie Wiesbaden auf einen solchen Katastrophenfall vorbereitet ist.



Impressum

Bericht aus dem Rathaus / Zeitung der AfD Rathausfraktion Wiesbaden / September 2020

Schloßplatz 6
65183 Wiesbaden
Telefon: 0611-31-2883
E-Mail: afd@wiesbaden.de
www.afd-fraktion-rathaus-wiesbaden.de

Herausgeber:
AfD Rathausfraktion Wiesbaden
V.i.S.d.P.: Dr. Eckhard Müller
Redaktion: Anja Philipp
Auflage: 100.000

Adobe Stock 259245877

Alternative
RATHAUSFRAKTION
Wiesbaden
für
Deutschland

Bericht aus dem Rathaus

- ☒ Taunus ohne Windkraft
- ☒ Citybahn? - Ihre Wahl!
- ☒ Blackout! - Und dann?
- ☒ Kein Vertrauen in AWO

Dr. Eckhard Müller
Fraktionsvorsitzender



Sehr geehrte Wiesbadenerinnen
und Wiesbadener,

mit der vorliegenden Broschüre wollen wir Sie
wieder über unsere Arbeit im Stadtparlament informieren.

Es war ein Jahr, das einerseits geprägt war von weitrei-
chenden Entscheidungen für die Landeshauptstadt, wie
beispielsweise dem Beschluss zum Citybahn-Bürgerent-
scheid, und andererseits ganz massiv durch die Corona-
krise.

Über Monate hinweg war kein normaler Parlamentsbe-
trieb im Rathaus möglich. Plenum und Ausschüsse tagten,
wenn überhaupt, in reduzierter Form und an Ausweich-
orten, um die Abstandsregeln einhalten zu können. Da
blieb so manche parlamentarische Initiative zunächst ein-
mal auf der Strecke, die nun nachgearbeitet werden muss.

Eine weitere Folge der Covid-19-Pandemie ist der wirt-
schaftliche Einbruch, der massive Folgen auch für die städ-
tischen Finanzen nach sich zieht. Im Herbst wird deshalb
der Haushalt für 2021 des ursprünglich beschlossenen
Doppelhaushalts 2020/21 neu aufgestellt werden. Auch
wenn EU, Bund und Land große Hilfspakete geschnürt ha-
ben, können diese doch nicht darüber hinwegtäuschen,
dass man die öffentlichen Finanzen nicht ewig zu großen
Teilen über Gelder finanzieren kann, die die EZB über die
Banken praktisch aus dem Nichts schöpft.

Darüber hinaus sehen wir mit Sorge, wie unsere Gesell-
schaft zum Schaden aller ihren inneren Zusammenhalt
weiter verliert. Angetrieben und befeuert durch die linke
Seite des politischen Spektrums verlangen immer neue ge-
sellschaftliche Teilgruppen besondere Beachtung und Be-
zuschussung, was letzten Endes nur die einzelnen Gesell-
schaftsteile gegeneinander ausspielt, anstatt alle hinter
einem Grundkonsens zu vereinigen. Einem Grundkonsens,
der selbstverständlich den Respekt vor unserer Art zu le-
ben, unseren Traditionen, unserer bedeutenden Kulturge-
schichte und unserer staatlichen Integrität unverhandel-
bar einfordert.

In diesem Sinne werden wir auch weiterhin für Sie, die Bür-
ger unserer schönen Landeshauptstadt, als Oppositions-
partei im Rathaus arbeiten.

Mit freundlichen Grüßen,

Dr. Eckhard Müller
Fraktionsvorsitzender



Adobe Stock 24230220

Windkraftanlagen auf dem Taunuskamm? Nein danke!

Schon seit Längerem will ESWE auf dem Taunus-
kamm, einem der schönsten Höhenzüge des Tau-
nus, Windkraftanlagen aufstellen, ohne Rücksicht
auf die Natur.

Das Landschaftsbild würde dadurch massiv ge-
stört und die Qualität des Trinkwassers gefähr-
det. Schließlich ist der vorgesehene Standort von
einem verzweigten Stollensystem durchzogen,
welches für die Wasserversorgung Wiesbadens
enorm wichtig ist. Dementsprechend ist dieses Ge-
biet als Wasserschutzgebiet ausgewiesen worden.
Für den Bau der gewaltigen Betonfundamente
müssten schützende Erdschichten abgetragen wer-
den, wodurch Schadstoffe ungehindert durch den
porösen Quarzitboden dringen und das Grund-
wasser kontaminieren können. Zudem müssen
Waldflächen für den Bau von Zufahrtsstraßen und
Leitungen geopfert werden. Ganz zu schweigen
von dem Problem, dass durch Windkraftanlagen
regelmäßig Vögel, zum Teil geschützte Arten, ge-

tötet werden.

Im Dezember 2016 hatte das zuständige Regie-
rungspräsidium Darmstadt erfreulicherweise die
geplanten Anlagen aus Wasserschutzgründen ab-
gelehnt, dann entschied aber im Sommer 2020 das
Verwaltungsgericht Wiesbaden überraschend,
dass die zehn geplanten Windkraftanlagen doch
gebaut werden dürfen. Die Berufung ist allerdings
zugelassen.

Das Regierungspräsidium wird nach Vorlage der
schriftlichen Urteilsbegründung entscheiden, ob
Berufung gegen das ergangene Urteil beantragt
wird. Die Stadt Taunusstein erwägt ebenfalls eine
Klage gegen die Entscheidung des Verwaltungs-
gerichtes.

Die AfD-Rathausfraktion Wiesbaden und die AfD-
Kreistagsfraktion Rheingau-Taunus sowie die AfD-
Landtagsfraktion streben weiterhin an, den Bau der
Windkraftanlagen zu verhindern und unterstützen
entsprechende Vorhaben der Bürgerinitiativen.

Dr. Klaus-Dieter Lork
Stadtverordneter



Brennende E-Autos sind eine ungelöste Herausforderung

Die AfD steht der sogenannten Verkehrswende,
also der flächendeckenden Abschaffung des
Verbrennungsmotors zugunsten von E-Mobilität
grundsätzlich skeptisch gegenüber.

Mit dem Umsetzen der Verkehrswende und der
Förderung von E-Mobilität ergeben sich aber auch
hinsichtlich der Verkehrssicherheit in Wiesbaden
ganz neue Herausforderungen. Eine davon wird
das Löschen von brennenden Batterien bei Unfäl-
len mit E-Fahrzeugen jeglicher Art sein.

Nach Aussagen von Feuerwehren bundesweit
weichen die Anforderungen bei Unfällen, in die
E-Fahrzeuge involviert sind, deutlich von denen
mit konventionell angetrieben Fahr-
zeugen ab. Das Löschen von in
Brand geratenen E-Fahrzeugen
ist schwierig bis unmöglich.
Zudem treten unter Umstän-

den giftige Gase aus, die Rettungskräfte, Fahrer
und Mitfahrer sowie Personen im näheren Umfeld
des Unfallortes gefährden. Es gibt auch Fälle, in
denen sich die Akkus geparkter E-Autos selbst en-
tünden.

Wenn demnächst E-Autos in größerer Zahl in den
Parkhäusern und Tiefgaragen der Stadt stehen,
wird sich die Feuerwehr auf ganz neue Szenarien
einstellen müssen. Ein in Brand geratenes E-Auto,
dessen Löschung sich im Freien bereits schwierig
gestaltet, könnte in der Enge einer Tiefgarage ka-
tastrophale Folgen haben.

Der Verkehrsausschuss hatte bereits im November
2019 einen entsprechenden Berichtsantrag der
AfD-Fraktion beschlossen. Der erst kürzlich vorge-
legte Magistratsbericht bestätigt die Bedenken der
AfD, dass sowohl vonseiten der Stadt als auch auf
Bundesebene hier noch viel zu tun ist.

Dimitri Schulz
Stadtverordneter



Walhalla neu denken

Das Walhalla war einst ein Schmuckstück
der Stadt und viele Wiesbadener verbinden
damit gute Erinnerungen aus der Zeit, als das
Gebäude noch für öffentliche Veranstaltungen
zugänglich war. Seit Jahrzehnten aber rottet
die denkmalgeschützte Ruine in bester Lage in
der Innenstadt vor sich hin, ohne dass sich eine
Lösung für das Problem abzeichnet.

Das momentan auf Eis gelegte Vergabeverfah-
ren krankt daran, dass sich die Stadt auf eine
kulturelle Nutzung festgelegt hat und die Trag-
fähigkeit des vorzulegenden Businessplanes
mit 15 Prozent Gewichtung nur eine unterge-
ordnete Rolle für die Vergabe spielt. Es ist also
einkalkuliert, dass die Nutzung des Walhalla
dauerhaft mit hohen Summen aus der Stadtkas-
se bezuschusst werden muss.

Mit Blick auf die Coronakrise und den Zustand
der öffentlichen Kassen, wird die AfD-Fraktion
eine Revision dieser Festlegung beantragen,
um über eine Öffnung für wirtschaftlich tragfä-
higere Konzepte eine Dauerbezuschussung zu
vermeiden.

Denkbar wären kommerzielle Nutzungskon-
zepte der ehemaligen Theaterräume und des
Spiegelsaals, bei denen die restaurierten Räum-
lichkeiten zumindest teilweise wieder für die
Öffentlichkeit und den Tourismus zugänglich
wären. Wiesbaden verfügt erfreulicherweise
auch ohne das Walhalla über eine ausreichen-
de Anzahl großer Konzert- und Theatersäle.

Ralf Offermanns
Stadtverordneter



AWO nicht vertrauenswürdig

Nach dem Bekanntwerden des AWO-Skandals,
in den maßgeblich die Kreisverbände Frankfurt
und Wiesbaden verwickelt waren, sollte die
AWO aus Sicht der AfD-Fraktion kein Partner
der Stadt Wiesbaden mehr sein.

Das Maß an Vetternwirtschaft, die überhöhten
Gehälter ohne entsprechende Arbeitsleistung
und das schamlose Plündern öffentlicher Gel-
der sind mehr als genug Beweis dafür, dass die
AWO weit davon entfernt ist, die Kriterien zu
erfüllen, die die Landeshauptstadt an die Zu-
verlässigkeit ihrer Geschäftspartner anlegen
muss.

Die AfD hat einen Berichtsantrag im Revisions-
ausschuss gestellt, demzufolge der Magistrat
berichten soll, welche vertraglichen und per-
sönlichen Verflechtungen der AWO Frankfurt
und Wiesbaden mit politischen Akteuren, ins-
besondere der SPD und kommunalen Verwal-
tungen, ihm bekannt sind.

In diesem Zusammenhang sollten alle Vorgän-
ge und Beziehungen der Landeshauptstadt
Wiesbaden mit der AWO einer genauen Prü-
fung unterzogen werden, um sicherzustellen,
dass es hier nicht zu ähnlichen Vergünstigun-
gen aufgrund personeller Verflechtungen ge-
kommen ist, wie in Frankfurt. Der Ausschuss
hat hierzu beschlossen, dass der
Magistrat zu diesem Thema
berichten muss, sobald das
Revisionsamt seine Prüfung
abgeschlossen hat.

Robert Lambrou
Stadtverordneter



Adobe Stock 49830220



Adobe Stock 218314599